

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich bei postmässiger
Bezahlung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., unecht. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
ist kein Gewähr übernommen.
Wandern nur mit Cautiongebühren
„Saale-Bl.“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Anzeigen

Werbung im Spaltenpreise oder beim
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
30 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
halle, Gr. Marktstraße 68, I. sowie von
unsern Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und auswärts 1 M.
Erachtet täglich einmal,
Sonntags und Feiertags einmal.
Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle:
Halle, Gr. Marktstraße 17;
Königsplatz 24.
Königsplatz-Verkaufsstelle: Gr. Markt-
straße 68, I.; Telefon Nr. 591 u. 176.

Saale-Beitung.

Ständesitziger Jahrgang.

Nr. 271.

Halle a. S., Dienstag, den 14. Juni.

1910.

Veteranenfürsorge und Wehrsteuer.

— Im Reichshaus hat am Freitag eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und der verschiedenen Parteien des Reichstags über die Frage der Veteranenfürsorge und über die Deckung des dadurch erwachsenden Mehrbedarfs stattgefunden. Bei der letzten Verhandlung des Reichstags über die Kriegshilfsfrage war von liberaler Seite der Wunsch ausgesprochen worden, daß über die Deckungsfrage in einer vom Reichshausamt einzuberufenden Konferenz eingehend verhandelt werden möge. Diesem Wunsch hat das Reichshausamt stattgegeben. In mehrförmiger Beratung ist, wie wir erfahren, über die Frage verhandelt worden, wie der bei Durchführung der Beschlüsse des Reichstags erforderliche finanzielle Mehrbedarf beschafft werden könne. In erster Linie ist die Frage der Wehrsteuer Gegenstand der Erörterungen gewesen. Ob die Beratung zu einem praktischen Ergebnis führen wird, steht noch dahin, es läßt sich kaum annehmen, daß die gewöhnlichen Bedenken, die bisher sowohl von den verbündeten Regierungen wie von verschiedenen Parteien des Reichstags gegen die Einführung einer Wehrsteuer geltend gemacht worden sind, durch die Konferenz am Freitag beseitigt sind und daß ein gangbarer Weg zur Lösung dieses aus technisch recht schwierigen Steuerproblems gefunden ist.

Bei den Verhandlungen im Plenum des Reichstags ist von freisinniger Seite davor gewarnt worden, die Gewährung der Kriegshilfsleistungen an alle Veteranen, die unter 600 M. Einkommen haben von der Einführung der Wehrsteuer abhängig zu machen. Alle Parteien des Reichstags sind darin einig, daß solche Hilfe den Veteranen gebracht werden muß, von denen ein sehr erheblicher Teil sich in drückender Notlage befindet. Aber die Ausarbeitung und Durchführung eines Wehrsteuergesetzes würde, von allen grundsätzlichen Bedenken und praktischen Schwierigkeiten abgesehen, jedenfalls so viel Zeit erfordern, daß von einer raschen Hilfe nicht die Rede sein kann. Am 28. April d. J. hat der Reichshaussekretär Wermuth nachdrücklich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Forderung einer Wehrsteuer entgegenstehen und schwere Bedenken hervorgerufen, die innerhalb des Bundesrats vorhanden sind. Man darf wohl annehmen, daß in der Konferenz am Freitag die Fragen eingehend besprochen worden sind, die bei der Verhandlung im April der Reichshaussekretär nur kurz gestreift hat. Es herrscht ziemlich weitgehende Unklarheit darüber, was überhaupt unter dem Begriff Wehrsteuer zu verstehen ist. Soll sie eine einmalige Abgabe sein, oder soll sie als dauernde Steuerleistung eingeführt werden? Wie läßt sich der Charakter des Verkaufsgeldes vermeiden, der mit dem allgemeinen Wehrpflicht in unvereinbarem Widerspruch steht? Nach welchem Maßstabe soll die Steuer bemessen werden? Nach dem Einkommen, dem Vermögen, dem Aufwand, oder wie sonst? Soll die Erhebung nach Ständen und Berufsständen stattfinden, oder soll die Steuer als Kopfsteuer erhoben werden, wie das in einzelnen außerordentlichen Ländern geschieht? Soll etwa die Erhebung durch Zuschläge zur Einkommensteuer erfolgen und wie soll dabei der Aufwand vermieden werden, daß die größte Zahl der Wehrsteuerpflichtigen in diesem Alter kein Einkommen zu haben pflegt? Soll etwa der Eintritt der Steuerpflicht für eine spätere Zeit hinausgeschoben werden, oder soll eine Eternität eingeführt werden? Und wie soll die Veranlagung erfolgen? Soll das Reich selbst einen Veranlagungs- und Erhebungsapparat aufstellen, oder soll man sich an die so überaus verschiedenartige einzelstaatliche Vorgehensweise anschließen?

Das ist nur eine kleine Blütenlese der Fragen, die aufgeworfen und gelöst werden müssen, wenn man dem Gedanken einer Wehrsteuer nähertritt. Wir glauben nicht, daß die großen Bedenken, die von freisinniger Seite gegen die Wehrsteuer wiederholt im Reichstag und auch sonst in der Öffentlichkeit geltend gemacht worden sind, beseitigt oder zurückgeführt werden können. Wir wollen auch nicht, daß durch eine solche Steuer, die zu zahlen hat, wer vom Militärdienst freikommt, der Wehrpflicht der Charakter einer geldwerten Leistung aufgedrückt wird. Feldmarschall Graf Moltke hat im Reichstag seinerzeit davor gewarnt, diesen Weg zu betreten, und wir glauben, daß seine Mahnung auch heute noch beherzigt werden sollte.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung, Montag, den 13. Juni, 11 Uhr.

Am Ministertische: Led.

Dritte Sitzung der Bundesratsvorlage.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) wünscht eine Bahnlinie von Rothenberg am Hainichen nach Domnau.

Die Abg. Humann (Ztr.), Dr. v. Savigau (Ztr.) und Schwarze-Eppich (Ztr.) befürworten die Linie Soest-Büren-Scheide und Gorbach-Waderborn.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) fordert Aushebung des Berliner Vorortverkehrs bis Krumm.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) bittet um bessere Bahnverbindungen für den Altonaer Hafen, auch im Interesse des deutsch-englischen Postverkehrs.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) tritt für eine bessere Verlichthigung Düsseldorf beim Durchgangsverkehr Berlin-Berlin ein.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) erucht um bessere Erlichthigung der Gegend südlich des Sunstrüß.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) um bessere Anschlüsse an die Schnellzüge Berlin-Hannover-Kassel und Hamburg-Hannover-Kassel.

Die Hundarbeitsvorlage wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Antrag der Abg. Ling und Graf v. Spee (Ztr.) auf Einbringung eines Gesetzesentwurfes, durch den die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung

kommunaler Zweverbände

in den sieben städtischen Provinzen auf alle Provinzen der Monarchie entsprechend ausgedehnt werden und eine Verbindung von nachbarlich gelegenen Stadtgemeinden unter sich beifuss gemeinamer Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten zulässig ist; und dazu der als Zusatzantrag gestellte Antrag Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) der für die nötige Tagung um eine Vorlage erucht, durch welche zum Zwecke einheitlicher Regelung des Verfahrens, des Bebauungsplans, der haupolizeilichen Vorschriften und der Waldpflege ein

Zweverband Groß-Berlin

und aus diesem ein besonderer Verwaltungsbezirk nach Art der Regierungsbezirke gebildet wird.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) begründet seinen Antrag. Unter der gewöhnlichen Regelung durch die Selbstverwaltung oder nicht leidend; das Gesetz muß daher die Aufgaben für die Bildung des Zweverbandes genau festlegen.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Auf die Initiative Berlins darf man sich nicht verlassen, denn Berlin soll niemand in seinen kommunalen Angelegenheiten mitführen lassen. Es muß ein gesetzlicher Zwang greifen und die Rechte der Teilnehmer an Zweverband gesetzlich fixiert werden, damit die Interessen der kleineren Gemeinden nicht von dem mächtigen Berlin unterdrückt werden.

Geheimrat Freund: Ein Gesetzentwurf im Sinne des Antrags ist ausgearbeitet und geht noch heute an die Oberpräsidenten zur Begutachtung. Er ist ausgeht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit; ein Zwang soll nur ausnahmsweise greifen werden. Die Eigenart der Berliner Verhältnisse wird freilich wohl zu einer anderen Entwicklung führen; Berlin und Umgebung wird wohl zu anderen Formen der Zweverband gelangen. Die Zukunft erblicke ich in einem ruhigen Zusammenarbeiten der beteiligten Gemeinden mit dem Staat.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Gegen den Antrag Ling haben wir nichts einzuwenden. Der Antrag heißt erforderlich aber kommissarische Beratung; wir beantragen Verweisung an die verstärkte Gemeindefunktion.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Das Interesse der Herren auf der Rechten für Berlin ist ja sehr schmerzhaft, aber wir müssen es doch abweisen. Dieser Zwangsverband würde Groß-Berlin würde ein Abweichen von den großen Grundsätzen der Selbstverwaltung bedeuten, und das machen wir nicht mit. Von einer Stagnation ist bei uns nicht die Rede. Gemäß folgendem die Interessen der Vororte und Berlins, aber das Ende vom Liede war stets eine Einigung. London hat einen Zweverband in der „Grasshaff Union“; jede Gemeinde hat dort ihre Selbständigkeit, nur gewisse Gegenstände werden gemeinsam geregelt. Es sollte sorgfältig geprüft werden, ob wir es nicht auch hier so machen können. Berlin hat großes Einkommen gezeigt. Es sind ja sehr schöne Bebauungspläne ausgearbeitet worden, aber soll man das Geld aus der Erde stampfen? Die Ausführungen des Regierungsvortreters, der auch vom Zwang nichts wissen will, heißen wir gut. Nur im Rahmen der freien Selbstverwaltung können die Städte bleiben und bestehen.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Wir sind für den Antrag Ling aber gegen den Antrag Ledebur, weil auch wir vom Zwang nichts wissen wollen. Für Berlin ist ein Zweverband dringend nötig, aber das Prinzip der Selbstverwaltung muß hochgehalten werden. Eine Einigung wird auch hier möglich sein.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) erklärt sich für den Antrag Ling.

Der Antrag Ledebur wird der Gemeindefunktion überwiesen, der Antrag Ling angenommen.

Die Bechtsstellung der Studierenden.

Ein Antrag Aronsohn (Sp.) fordert einen Gesetzentwurf, der die Rechtsstellung der Studierenden an den Universitäten und den dazugehörigen Lehranstalten neu regelt.

Herr v. Liszt (Vp.)

begründet den Antrag. Die seit 1879 geltende akademische Gerichtsbarkeit ist gänzlich veraltet, da die Verhältnisse sich seitdem völlig umgestaltet haben, z. B. durch die Zulassung der Frauen, durch das neue Vereinsgesetz, durch die finkenähnliche Bewegung. Trotzdem gilt noch immer die Akrostrophe, obwohl jetzt ein großer Prozentsatz der Studierenden volljährig ist. Der Durchschnittsstudent ist 22 bis 23 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Studenten an der Universität in Leipzig beträgt 23 Jahre vier Monate, in Heidelberg, Freiburg 22 Jahre, an der Technischen Hochschule in Hannover 23 Jahre 4 Monate, an der Technischen Hochschule in Dresden 23 Jahre 10 Monate. Wir haben es also mit erwachsenen Männern zu tun, die schon das aktive Wahlrecht haben. Die Notwendigkeit einer Revision dieser Bestimmungen ist auch von der „Reueitung“ anerkannt worden. Jetzt haben die Studenten weniger Verfassungsrecht als die Befreiung. Der

Rektor in Berlin verbot z. B. — ganz zu Unrecht — eine studentische Versammlung gegen die Militärbesatzung. Einige der akademischen Disziplin entzogene Akademiker besetzen nun eine allgemeine Akademiker-Versammlung ein. Der Zweck war erreicht. So wird unsere akademische Jugend geradezu zu Umgehungen der Gesetze veranlaßt. (Hört, hört!) Alle diese Vorschriften sind unklar, widersprüchlich und teilweise mit dem geltenden Recht nicht in Einklang zu bringen. Gegen den Willen der Regierung wurde die Karzerstrafe fernerzeit in das Unrechtsgesetz hineingebracht. Sie steht im traffen Gegensatz zum Reichsgesetz. Eine Poesche des Karzers gibt es nicht mehr. Der Techniker kennt den Karzer nicht. Warum soll der Unrechtsstudierende gleichwohl daran sein? Will man auch Frauen einsperren? Auch die Strafe, wie ein allgemeines Studentenamt, ist unklar, sie muß geregelt werden. Denken Sie an das Berliner Universitätsstudium. Die Studentenchaft ist in dieser Frage in zwei Lager gespalten, weil kein allgemeiner Ausschuss da ist, der die Vorarbeiten regelt. Ich will die Schulfrage heute nicht erörtern, sondern noch auf eine Besprechung warten. Herr v. Bülow-Eulenburg, der gern Bilder aus dem Mittelalter nimmt (Heiterkeit), vergißt unsere akademische Jugend mit einem feurigen, kräftigen Pfiff, das man nicht behandeln darf wie einen alten Drohschlingel. (Sehr gut!) Wir verlangen eine Verfassung für die Studenten. Wir verlangen aber für sie das gleiche Verfassungsrecht, das die Arbeiter und Lehrlinge haben. Schenken Sie der akademischen Jugend Vertrauen, sie wird es glänzend rechtfertigen. (Beifall links.)

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): An den Bescheidern ist wohl hauptsächlich die verschiedenartige Praxis schuld. Daher sollten die Ausführungsbestimmungen revidiert werden. Die Regierung sollte auch erwägen, ob nicht durch das Reichsvereinsgesetz die akademischen Bestimmungen über das Verfassungsrecht hinlänglich geworden sind. Ein Recht der Ausübung der studentischen Rechte muß der Rektor haben. Denken Sie an den sozialwissenschaftlichen Verein in Berlin, der wegen sozialwissenschaftlicher Tendenzen aufgelöst werden mußte. Unberücksichtigt werden viele jüdische Vereine mit zionistischen Bestrebungen ohne weiteres gebildet. Es wäre bedenklich, wenn an die Stelle akademischer Strafen polizeiliche treten würden, die viel schwerer anfallen. Der Karzer hat heute noch etwas ungeschauer Romantisches. (Sehr gut rechts.) Als ich einmal dazu urteilt wurde, strängten sich viele andere Studenten heran, die gern an meiner Stelle den Karzer besähen wollten. (Heiterkeit.) Ich möchte von diesen Reizen nichts wissen. Da aber die Antragsenden des Vorredners nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, beantragen wir Beratung in der Unterrichts-Kommission. (Beifall rechts.)

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Ich kann Herrn von Liszt durchaus zustimmen, daß die Befreiung für Studierende außerordentlich reformbedürftig sind, vornehmlich deshalb, weil sie verschieden gehandhabt werden. Der Karzer ist durchaus kein befriedigender Votum für die akademische Jugend. Wenn er nach Ausbreitungen infolge des sogenannten „überflüssigen Jugendgefühls“ zur Anwendung kommt, so macht das in anderen Kreisen leicht die Eindrücke, als ob ein Klassenhass vorhanden ist, die die Vergehen der aus besseren Ständen kommenden Studenten mildere ansetzt. Wir sind mit den Tendenzen des Antrags einverstanden. (Beifall.)

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Wir stehen auf einem anderen Standpunkt. Wenn eine Reform angenommen werden muß, so muß sie sich auf das ganze Reich erstrecken. Eine Kommissionsberatung halte ich auch für unzulässig.

Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.): Die heutigen Bestimmungen sind unklar. Das ist auch nur in Freuden möglich. Es sollte auch selbst der Rechten nicht annehmlich sein, daß die Universitätsbehörden so große Vollmachten gegenüber den Studenten haben. Alle Parteien haben an der Befreiung des gegenwärtigen Zustandes Interesse, denn aus allen Schichten der Bevölkerung kommen die Studenten. Es bestehen noch Bestimmungen, die heute nur noch humoristisch zu nehmen sind, so z. B. heißt es in einer Satzung, daß Studenten nach 10 Uhr abends nicht mehr im Wirtshaus angelassen werden dürfen. (Heiterkeit.) Weiter sagt eine Bestimmung, daß die Studenten sich anständiger Sitten zu befleißigen haben. Diese Bestimmung erfährt allerdings eine eigentümliche Beleuchtung durch die Vorgänge in Bonn. Die Karzerstrafe ist der akademischen Bürgerpflicht unwürdig. (Gelächter rechts.) Die Poesche des Karzers ist dahin. Nicht vorübergehen lassen will ich die Gelegenheit, nochmals das Verhalten der Universitätsbehörden in Halle zu kritisieren, die bei der Reichstagswahl die Studenten zur Unterfertigung der bürgerlichen Parteien aufforderten. (Beifall rechts.) Wenn Sie „Brenn“ rauchen, so beweißen Sie, daß Sie in Unterfertigung zu einer Sache der herrlichen, dem Staat schaden machen. (Gelächter rechts.) Die politische Freiheit der Studenten wird heute in hohem Maße beschränkt. (Zurufe und Gelächter.) Wenn Sie hier antikommunistische Witz und Joten reizen wollen und damit das Ansehen des Hauses herabsetzen, so habe ich nichts dagegen. (Gelächter.) Die akademische Freiheit ist besonders in Freuden nicht vorhanden. Wir fordern eine absolute Freiheit der Studenten.

Geheimrat Falkmann: Die jetzt noch bestehenden Bestimmungen haben zu einer Beschränkung in erheblichem Maße keinen Anlaß gegeben. Nach Ansicht der Unterrichtsverwaltung steht das Reichsvereinsgesetz nicht im Widerspruch mit den Bestimmungen von 1879. Der Karzer wird übrigens von den Studenten nicht mehr so tragisch genommen.

Die Abg. Dr. v. Juchaczewski (Hera) und Herr v. Bülow-Eulenburg (konj.) erklären sich für den Antrag, der hier angenommen wird, nachdem ein Antrag auf Kommissionsberatung zurückgefallen war.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Petitionen und Initiativonträge.

Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Sinter den Anklissen des Vatikans!

Die Pariser Nachrichtenagentur „Journier“ läßt sich aus Rom melden, daß der Papst seinen Freitag das Kardinalkollegium um sich gesammelt habe, um sich mit ihm über den Streit mit Deutschland zu beraten. Der Papst wollte die Meinung der Kardinalkollation über die Salbung vernehmen, die der heilige Stuhl der neuen Verwahrung der deutschen Reichsregierung gegenüber einzunehmen habe. Kardinal Rampolla äußerte achtungsvoll die Ansicht, daß die Engländer für den Heiligen Carl Borromeo in Zeiten gekommen. Da sie jedoch einmal veröffentlicht ist, so darf man sie weder verweigern noch zurücknehmen. Das Kardinalkollegium und der Papst traten dem Urteil des Kardinals Rampolla bei. Man ist im Vatikan bereit, Deutschland neue Erklärungen abzugeben, die in Afrika aber nicht aufrecht erhalten. Die Stellung des Kardinals Meyer del Val soll sehr erschüttert sein. Er ist zwar für die Veröffentlichung der Engländer in seiner Weise verantwortlich. Man urteilt jedoch, daß er dem Papst hätte raten müssen, sie nicht zu veröffentlichen, und daß er ihm hätte klar machen sollen, welche behaverliche Folgen die Veröffentlichung nach sich ziehen könnte. Man glaubt in gewissen vatikanischen Kreisen, daß die Abberufung des preussischen Gesandten in Rom und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem heiligen Stuhl unermüdlich geworden seien. Man spricht auch davon, daß Kardinal Meyer del Val seines Amtes eines Staatssekretärs entzogen werden soll. Es wird dem Kardinal Rampolla angeboten werden und, wenn er es ablehnt, Kardinal Lorenzelli in Aussicht genommen.

(Im Widerspruch zu der vorstehenden Mitteilung, die sehr mit Vorsicht zu genießen ist, steht die gestern morgen vom Pariser „Matin“ verbreitete Nachricht, nach der man sich im Vatikan — sehr optimistisch zeigt. Man glaubt, daß das Deutsche Reich über kurz oder lang den „Heiligen Stuhl“ nötig haben wird, da das Zentrum — Schwarz-Blau — Trumpf ist!)

Die Zahl der Protektionsgebungen in Deutschland gegen die päpstlichen Schmähdungen schwimmt mit jedem Tage mehr an. Ueber alle Protektionsversammlungen zu berichten, ist unmöglich. Ueber zahlreiche Synoden in Preußen haben auch der badische Oberkirchenrat und das bayerische Oberkonsistorium in Verwahrung gegen die Engländer eingeleitet.

Erlebens, 13. Juni. (Protektionsversammlung.) Hier fand heute abend im größten Saale Erlebens eine Protektionsversammlung gegen die Bormoans-Engländer des Papstes statt. Sie war einberufen vom Gewandverein: der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte mußten stehen. Nach dem Gesang des alten Traktates „Ein feste Burg ist unser Gott“ trugen die anwesenden Schöler des Bepflegungsvereins Sieder vor. Darauf sprach Superintendent Lutzer. Eine Resolution gelangte zu einstimmiger Annahme.

Wehrkraft und Sparmaßregeln.

Unter der vorstehenden Überschrift schreibt die „Nationallib. Corr.“: Die „Nord. Allg. Ztg.“ hat in dankenswerter Weise die Ausstellungen demittiert, wonach aus Sparmaßregeln ein Stillstand im Ausbau unserer Heereseinrichtungen eintreten sollte, weil Herr v. Bethmann-Hollweg beim Antritt des Kanzleramtes die Bedingung gestellt habe, daß beim Ablaufen des Quinquennats keine größere Heeresforderung kommen dürfe. Nach dem offiziellen Organ Lützen diese von einem Hamburger Blatt verbreiteten Meldungen auf seiner Erfindung: „Hinsichtlich der kommenden Reiforderungen für das Heer ist nichts zu erwarten.“ Wir begreifen diese Unfindung insofern, als es im Lande und in allen nationalen Kreisen großes Bestreben erregt haben würde, wenn unter der augenstehenden „Rechtsfinanzreform“, wie wir sie dem Schwarz-Blauen Volk verdanken, gerade unsere Armees zu leben haben sollte. Es bieten sich im Bereiche des Heerwesens allerdings mehrere Möglichkeiten der Einschränkung unnützer Aufwendungen. Darüber aber kann kein Zweifel obdauern, daß die Schlagfertigkeit der Armees, wenn sie nach dem Urteil der militärischen Autoritäten nicht mehr auf der alten Höhe steht, unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, und daß ebenso dem Ausbau unzulänglicher Einrichtungen unermüdete Sorgfalt zu schenken ist.

Der Kolonialdirektor mit dem Automobil.

Das neueste „Zukunft“-Heft enthält u. a. eine Art „Neurolog“, den Harden dem früheren Staatssekretär des Reichskolonialamts gewidmet hat. Wir können der kritischen Auffassung Hardeus über den Berufsstand Tätigkeiten nicht zustimmen, insofern ist es interessant, auch eine andere Ansicht zu hören, zumal wenn sie aus der Feder eines so geklarten Publizisten, wie es Maximilian Harden ist, kommt. Dieser schreibt:

Herr Dernburg will nicht länger Staatssekretär sein. Das ist leicht zu verstehen. Der Mann, den das Glück, wie selten einem, begünstigt hat, führt, daß er auf seinem Posten nichts mehr zu leisten vermag. In seine Amtszeit fielen die Diamantenfunde, die dem Kolonialbudget fürs erste eine Jahresernte von zehn oder zwölft Millionen brachten; die Engländer, die ihn angingen, ließen ihn ruhig leugnen, daß er mit ihnen über die Maßlosigkeit verhandelt habe; und die unrichtigen Ziffern, die er strupplos über die Lippen schied, wurden ihm nicht endlich verdaulich. Fast vier Jahre lang ging's. Ob es noch länger gehen könne, war mindestens zweifelhaft. Nie wurde ein deutscher Ressortchef so inbrünstig begehrt, mit solcher Stimmeneinheit verurteilt, wie der Staatssekretär der Reichsregierung im Bewußtsein des eigenen und des öffentlichen Afrikas; er durfte nicht wagen, sich über eine Schütztruppe noch einmal setzen zu lassen. Die Kollegen haben mißtraulich auf den Mann, der sich wie ein selbständiger Reichsminister gebierte. Die ihm Untergebenen, zivile und militärische, suchten das Joch dieses Dienstes abzuwickeln. Der Reichstag hat ihn genötigt, den mit der Kolonialgesellschaft für Gübewestafria vereinbarten Vertrag zu ändern, und eine Resolution angenommen, deren Spitze sich gegen Dernburgs Großkapitalistenpolitik richtete. Der nächste Winter konnte, ohne Reiberei, keinen Ruhm, mußte bei unzulänglicher Diamantenfontunart arges Mißvergnügen bringen. Daß

der Schläue, der vorher schon, lust noch zu rechter Zeit, den Berliner Diamantengeschäften den Geschäftsprofiß geschmälert hatte, nordwärts und verfuhr, wie sich als ein Kaiser in Italien, in Rom, in Neapel, in Athen, in Athen, zu empfinden, war zu erwarten. Auch 1906, als er im Vorstand der Darmstädter Bank unhaltsam geworden war und trüben Blickes, sogar in Rom, nach neuer Möglichkeit lohnender Betätigung umhergesehen hatte, verstand Herr Dernburg den Glauben zu schaffen, er verzichte freiwillig auf Amt und Einkommen des Reichssekretärs. Wer ihn jetzt für den Märitzer einer Ueberzeugung hält, mag in dem Wohl sein werden.

Der Staatssekretär rühmte sich kaiserlicher Günstling; seine Freunde erzählten, der Kaiser habe ihm seinen Cecil Rhodes genannt und ihm die Befähigung mit „allgemeiner“ Politik empfohlen. Jetzt geht der Bekanntheits, der als Stimmungsgeber manches Nützliche geschaffen hat; weiß für einen, der Kanzler zu werden hofft, aus dem Kolonialamt nichts Neues mehr zu holen ist. Bognu der Kärm? Der Wichtigtuigkeit ist piffig ingeniert, die Gerichte, die den Scheidenden als von allen Seiten umworbene Spiegel, können nur nützen; und für das übrige soll die dem großen Minister Roosevelt abgeduckte Taktik folgen. „Wollen wir“, sprach im Sommer 1906 Kaiser Wilhelm, „nicht mal mit einem Kolonialdirektor verfahren, der ein Automobil hat?“ Ein Zinker geht, um möglich zu bleiben.

Bebel über Träger.

Im „Vorwärts“ widmet der sozialdemokratische Abg. Bebel Albert Troeger einen Geburtsartikel, der mit den Worten schließt:

„Alber Troeger kein Kämpfer im Streit, so ist er doch allezeit für seine Gefinnungsgenossen ein guter Ramead, auf den sie in jeder Stunde sich stützen können. Und mit Sozialdemokraten ehren in ihm einen Gegner, der in all den Kämpfen, die wir seit Jahrzehnten nicht zuletzt auch gegen seine Partei führen, stets sich als Gentleman benahm, dem nie ein beleidigendes Wort oder eine unehrliche Angelegenheit über die Lippen kam.“

Wir wünschen dem lebensfrohen Alten noch viele Jahre, die bisher bewährte körperliche und geistige Frische, die durch das Bewußtsein, allezeit nach besten Kräften für die Berrückung freier, menschlicherer Zustände im innerlichen Preußen und im Reich gekämpft zu haben, kämpfe er fröhlich weiter!

Ehe und Tuberkulose.

Ueber dieses ungemün wichtige Thema vertritt sich auf dem 7. Tuberkulose-Vereinskongreß zu Karlsruhe der Sanitätsrat Dr. G. E. S. (Carologian). Redner führte aus: Die Entstehung eines Ehegatten durch seinen Ehegatten mit Tuberkulose ist nicht sehr häufig, la n a n g t s o häufig, wie man in Volkstreffen gewöhnlich annimmt, doch muß sie berücksichtigt werden. Die Entstehung kann manchmal beim Tuberkulose, in man einen gänzlich in Einfluß auf den Verlauf seiner Krankheit ausüben, doch ist im allgemeinen die Ehe als kein günstiger Faktor für Lungenerkrankungen anzusehen. Man hat bei der Eheerlaubnis für Tuberkulose sehr zurückhaltend zu sein, namentlich bei weiblichen Kranken, bei vorgeschrittener oder fortgeschrittener Erkrankung ist sie absolut abzulehnen. — (Schade nur, daß Lungenerkrankungen andere Leittage in puncto Ehe haben, als ihre Herren Väter.)

Parlamentarisches.

X Herr Bundtagsabg. Delius war vor der Station der fortschrittlichen Volkspartei des preussischen Abgeordnetenhauses beauftragt, um Wohnungsgeldzuschüsse die Hauptrede zu halten und die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zu vertreten. Daß unser Abgeordneter in der letzten Sonnabend-Versammlung diejenige nicht einfache Aufgabe mit Söhne und Söhne nicht in durchzuführen wußte, läßt die in der gestrigen Abend-Ansage der Saale-Ztg. abgedruckte Rede (bei der durch ein technisches Versehen liehe die Ueberschriftstelle, die den Namen des Redners enthielt, fortblieb), deutlich erkennen. Betont sei noch, daß die Fassung des Antrags von Rosen (fortschritt. Volksp.), der erfreulicherweise von den Nationalliberalen übernommen worden ist und der auch die Unterschrift des Herrn Abg. Juhlitzat Dr. Reil trug, ebenfalls von dem fortschrittlichen Vertreter unseres Bundtagsabg. herührt.

Kleine politische Nachrichten.

Der Gesetzentwurf über die Einführung von Schiffsverkehrsabgaben wird, wie wir hören, bereits am nächsten Freitag, den 17. d. M. im Plenum des Bundesrats verhandelt werden. Termin zur Reichstagsberatung in Cannstadt-Ludwigsburg ist auf den 30. August d. J. festgesetzt worden. Die württembergische Regierung erklärt die weit hinausgeschobene des Termins damit, daß die Bevölkerung im Juli mit der Ernte zu sehr beschäftigt sei, um eine normale Abwicklung des Wahlgeschäftes vornehmen zu können.

Zum Friedensschluß im Bagdewer.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen scheint es, als ob man in einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Orten eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen über die Ortsoverträge zustande kommen wird. Da nach den von beiden Parteien angenommenen Bestimmungen über das Schiedsgericht, welches aus den drei Amateureisen und je drei Vertretern des Arbeitgeberbundes und der Arbeiterorganisationen besteht, dieses in jedem Fall einseitig über den Ortsvertrag entscheidet, sofern eine Verständigung nicht zustande kommt, so dürfte das Schiedsgericht in mehr als tauend Fällen über die Ortsoverträge zu entscheiden haben.

Hof- und Personalnachrichten.

Das Kaiserpaar traf am Sonntag gegen mittag vom Neuen Palais im Automobil in Berlin ein. — Zur Frühstund im königlichen Schloß waren geladen Prinz Oskar, Prinzessin Viktoria Luise, die Kronprinzessin von Griechenland, die Prinzen Georg und Alexander von Griechenland, die Prinzen Friedrich Wilhelm und Maximilian von Hessen (Söhne des Prinzen Friedrich Karl von Hessen), der amerikanische Botschafter Mr. David J. Hill, Mr. Ribber, der mexicanische Gesandte Graf Walng d'Arco, Staatssekretär Herr v. Schoen, Staatssekretär v. Limbeck, Wirklicher Geheimrat v. Valentini, Botschafter Herr Marschall von Bieberstein. — Gestern morgen um 7 Uhr traf der Kaiser

vom Neuen Palais aus in Döberitz ein und wollte dem Schiffsjungen eines triestartigen Bataillons des 1. Gardebrigades zu Fuß bei.

Zusland.

Der neue Hofstaat König Georgs.

Die London Gazette veröffentlicht die Ernennungen der Hofbeamten, die den neuen Hofstaat König Georgs bilden. Die Liste umfaßt nicht weniger als 89 Personen, Rubriken doppelt vertreten find. Zum Reklamator der königlichen Privatstatute ist Oberleutnant Sir William Henry Peregrine Carington ernannt worden. Das Hauptinteresse konzentriert sich darauf, daß als Privatsekretär des Königs außer Lord Knolls, der dieses Amt schon unter König Eduard verfeh, auch Sir Arthur Bigge berufen worden ist, der bis jetzt Privatsekretär des Prinzen von Wales war. Auch eine Reihe anderer Hofbeamter und Hofräte, die dem Prinzen von Wales attached waren, sind in den königlichen Hofstaat hiniibergewandern worden.

Am der Spitze der Hofbeamten fällt die außerordentlich große Anzahl von ordentlichen und außerordentlichen Medizinern, Apothekern, Chirurgen und Apothekern auf. Außerdem drei Hofärzten des Königs, Sir Francis Seymour Lang, Sir James Reid und Sir Richard Powell, verfähigt König Georg über vier außerordentliche Ärzte, zwei Hofchirurgen, drei Chirurgen, einen Apotheker, einen Augenarzt, einen Zahnarzt und einen Leichbeamter, die allein für den Aufenthalt des Königs in London antieren. Dem Marschall des englischen Königs steht als Ehrenkammermeister der General Herzog v. Grafton vor. Ihm sind sieben ordentliche Stallmeister und 28 außerordentliche Stallmeister beigegeben, unter denen sich nicht nur Offiziere der Landarme, sondern auch drei Admirale befinden.

Ministerwechsel in Belgien.

Nach einer Meldung des Antwerpener Handelsblattes, das gewöhnlich über belgische Angelegenheiten gut unterrichtet ist, stehen im belgischen Staatsministerium Veränderungen bevor insofern, als der bisherige Kolonialminister Renkin zum Gouverneur der Kongofolonie ernannt werden wird. Der Justizminister de Lantheere würde zurücktreten, ebenso würde der Minister für Rünfte und Wissenschaft Baron Descamps zurücktreten und sein Postort mit dem Ministerium des Innern, das der Ministerpräsident Schollaert neuwaltet, vereinigt werden. Nach dem neuen Kolonialminister ernannt werden wird, ist noch nicht bekannt. Dieser Personalwechsel hängt sehr wahrscheinlich zusammen mit der öffentlichen Mißbilligung über die Wäre der verschundenen 30 Millionen aus dem Kongofonds, von denen der Justizminister seinerzeit genutz hat.

Gründung einer Rooseveltpartei.

(Vorbereitungen zur Begründung des Gegenpräsidenten.) Der Roosevelt-Klub von St. Paul (Minnesota U.S.) veranstaltete kürzlich ein Festmahl, bei welchem die Bildung einer neuen Partei beschlossen wurde, welche die Rechte des Volkes gegenüber den Bestrebungen, die natürlichen Hilfsquellen des Landes zu monopolisieren, vertreten soll. An die Spitze der neuen Partei, welche noch keinen Namen führt, werden Roosevelt, der frühere Sekretär des Innern Garfield sowie Rinschot, ein von Präsident Taft entlassener Beamter, treten.

In Newyork werden große Vorbereitungen zu Roosevelts Empfang getroffen. Dort sind zwei Knaben, ein neunjähriger Junge namens Louis Wernback und sein lebensfähiger Bruder Tempus, nach einem Ritt von 4800 Kilometern zur Begründung Roosevelts eingetroffen. Beide Knaben hind die Söhne eines abemaligen Kavalleristen, eines Kampfgewisses Roosevelts. Bei ihrer Ankunft von einer achttausendköpfigen Menschenmenge begrüßt und von den Fremden geräusch erdrückt. Beim Einzug Roosevelts in Newyork werden die Knaben zu Seiten der Equipage Roosevelts reiten.

Eisenbahn-Zeitung.

Ein französisches Urteil über die deutschen Eisenbahnen.

Ein Franzose, der längere Zeit in Deutschland gelebt hat, stellt in der Pariser Zeitung „Le Cray“ Vergleiche an zwischen dem französischen und dem deutschen Eisenbahnen. Er bemerkt dabei u. a. folgendes:

Mehr als je habe er nach seiner Rückkehr nach Paris Veranlassung, die Bequemlichkeit, die Reinlichkeit (en un mot la „Gemüthlichkeit“) der deutschen Personenseigen im Vergleich mit der Unreinlichkeit, der Unbilligkeit, um nicht mehr zu sagen, der französischen Wagen hervorzuheben. Das deutsche Eisenbahnnetz ist reich entwickeltes, es besteht, mit wenigen Ausnahmen, im Eigentum der verschiedenen Bundesstaaten. Die am besten eingerichteten Bahnen (les mieux organizes) seien zweifellos die preussischen. Auf ihnen herrsche eine militärische Disziplin. Der Verfasser macht dann einige Bemerkungen über die Personen- und Gepäckdienste, die etwas niedriger seien, als die französischen. Besonders rühmt er, daß in den Schnellzügen vielst 3. Klasse laufen. Die deutschen Wagen 1. Klasse seien viel bequemer als die französischen. Die Wagen 2. Klasse ebenfalls gut ausgestattet, die der 1. Klasse in Frankreich. Auf den Bänken der 3. Klasse könne man sich bequem ausruhen, ohne befürchten zu müssen, abzurutschen, wie in den französischen Wagen 3. Klasse. In der 4. Klasse sei der mittlere Raum freigelassen, um Reisepäcke, Koffer und andere Sachen unterzubringen, die die Reisenden mit sich führen; sei seien den französischen Wagen 3. Klasse, wie sie z. B. im Pariser Vorortverkehr verwendet werden, bedeutend vorzuziehen. Man habe Luft und Raum, die Wagen seien besonders praktisch für Reisende in größerer Gesellschaft, für Arbeiter von den Arbeitsstätten und für Landleute, die zu Markt fahren.

Der Verfasser hebt hervor, daß in den Rauchwägen sich Menschen befinden, „ein in Frankreich unbekanntes Luxus“, und dabei herrsche überall peinliche Reinlichkeit. In fast allen Wagen befinden sich auch ein Waschräum mit dem, was nötig ist, um sich die Hände zu waschen. Auf einer

forderte daher das Auspucken der Rückfälle. Der eine be-
wehrt jedoch einen geeigneten Augenblick und kaufte mit sei-
nem Stabstock davon. An dem Rückfall fand der Hüter des
Geheges ein weidgerecht ausgewonnenes Reh und eine
Hirnte. Außerdem an dem anderen Ende auch noch einen
Drilling. Da der andere Komplize seinen Namen vernein-
te und sich häufig widersetzte, machte der Beamte von
seiner Waffe Gebrauch. Er verwundete ihn schwer durch
mehrere Schießwunden über den Kopf und den linken Arm. Dem
Verwundeten gelang es jedoch ebenfalls zu entfliehen.

Brandstiftung, 12. Juni. (Zentralverein der
Wald- und Zellforstbesitzer.) Hier findet bis
am 14. Juni die 25. Generalversammlung des Deutschen
Zentralvereins der Wald- und Zellforstbesitzer statt. Ver-
bunden ist damit eine heute eröffnete und gut besetzte buch-
technische Ausstellung der ersten Verlagsfirmen Deutsch-
lands.

Lehni, 11. Juni. (Eine goldene Remontoir.)
wurde beim Abräumen von Schutt, welcher vom Brand des Stutt-
gartener Grundstücks in der Hauptstraße herrihrte, im Garten
eines hiesigen Bädermeisters gefunden. Der Brandstiftung war auf
sein Grundstück gefahren worden.

Jena, 11. Juni. (Angestrebene Leiche.) An
der Sühnenbrücke wurde die Leiche eines etwa 26-27 Jahre alten
jungen Mannes von der Saale angetrieben. Ungefähr handelt
es sich um die Person, welche sich in der Nacht zum Freitag auf
der Sühnenbrücke mit einem Revolver erschossen und dann ins
Wasser gestürzt hat.

Ulm, 9. Juni. (Ein eigenartiges, inter-
essantes Naturpiel) ist an dem Weg von Station
Meersburg nach dem Gabelbach zu beobachten. Dort hatten
sich zwei ein aneinander stehende etwa 60jährige Fischen
in ihren oberen Teilen derart ineinander verschlungen, daß
sie förmlich zusammengewachsen waren. Als man nun die
eine dieser Fischen mit der Säge von ihrem Buzelweiser
löste, um sie zu prüfen, glitt sie wohl mit dem unteren Ende
zur Seite, wurde aber von der etwas stärkeren Zwillingssch-
neidmesser festgehalten und gegen alle Gewalt der Menschen
und der Natur gestöhnt, so daß sie heute anscheinend in der
Luft hängt, aber trotzdem weiter grüht und wahrscheinlich
auch wächst, weil sie von der Zwillingsschneidmesser von oben
her mit Nachdruck verfolgt wird. Wie lange sie das wohl
aushalten wird?

Gera, 11. Juni. (Die Wette um das Auto-
mobil.) In der Nähe von Gera verfuhr vor etwa 14 Tagen ein Auto-
mobil, das der Eigentümer vor einem Restaurant hatte stehen
lassen. Jetzt fand das Automobil schon gereinigt und unverföhrt
in dem Grundstück des Wästers. In dem Wagen lag ein Brief,
worin dem Wäster mitgeteilt worden sein soll, daß das Auto
zu einer unauffälligen Reise benutzt worden sei. Es habe
sich dabei um eine Wette gehandelt, die der „Entleerer“ des Autos
eingegangen sei, indem er behauptet hatte, in einigen Tagen im
Besitz eines Automobils an bestimmter Stelle zu sein. Um die
Wette zu gewinnen, kätzte er das Auto ab. Der Entleerer
des Autos stellte daselbst nunmehr mit Dank zurück.

Gera, 11. Juni. (Vom Oberverwaltungsgericht.
Schwinder.) Die Thüringer Staaten, die an dem Gemein-
schafts- des Verwaltungsgeschäfts teilnehmen, unter-
suchen in diesen Tagen erneut, um sich endlich in der wichtigsten
Angelegenheit schlüssig zu werden. Die beiden Schreiber Senf
und Hübel, im Alter von 15 und 17 Jahren, haben nicht 7000 Mk.,
sondern gegen 10 000 Mark erfindet und das Geld seit Sep-
tember restlos. Sie hatten beide eine gemeinsame Braut, die sie
nobel ausstatten. Das Mädchen wird sich wegen Fälscheri zu
verantworten haben.

Vermischtes.

Gewitterkatastrophen und Wolkenbrüche.

Gestern morgen zwischen 2 und 3 Uhr gingen in der
Eifel, im Ahrtal und auf dem sogenannten Vor-
gebirge juchzende Gewitter mit Wolkenbrüchen
nieder. Die Ernte in diesen Strichen ist vollständig
vernichtet. Die Bewohner flüchteten vor den andringenden
Wasserströmen, notdürftig beschützt, aus den Häusern und
alarmierten die Feuerwehre. Sämtliche Wehren der in Be-
tracht kommenden Ortsgemeinden arbeiteten den ganzen Morgen
hindurch, um Menschen und Vieh zu retten. Das Vieh ist
zum Teil in den Ställen ertrunken. Die Bäche der Eifel
sind zu reißenden Flüssen angeschwollen, die eine Unmenge
Gerät mitführen. In der Ahr liegt man Müddel, Säuggerät
und Balken von zerstörten Brücken treiben. Bei Dümpel-
feld wurde eine Kantine, in der sich 60 italienische Ar-
beiter befanden,

von den Fluten fortgerissen.

Man hielt die Arbeiter für verloren. Um 8 Uhr früh
wurde die Kantine aus Deut alarmiert, um die Leute zu
retten. Die schon bis an die Wandung des Rheines getrieben
waren. Da die Kantine dem Gesicht der Menschen trag,
konnten alle 60 Arbeiter von der Kantine gerettet werden.
Gestern sind in Köln keine Bäche aus dem Ueberflutungs-
gebiet eingelaufen. Die Telefonverbindung ist vollständig
unterbrochen. Das Kurhaus in Neuenahr steht zum Teil
unter Wasser. In Altenahr steht das Wasser etwa einen
Meter hoch in den Straßen. Aus den bedrängten Ortsgemein-
schaften treffen noch fortwährend Hilfsbesuchen ein.

Weiter wird aus Ahrweiler gemeldet:
Das Hochwasser im Ahrtal nimmt eine ungeheure Aus-
dehnung an. Die Bewältigungen sind sehr schwer. Ein
Steinbrücken für Fußgänger sind eingestürzt. Die
Unterbahn hat den Verkehr eingestellt, da der Bahndamm
überflutet ist und ein Einsturz verschiedener Brücken be-
fürchtet wird. Zwischen Remagen und Neuenahr gleicht das
Tal einem ungeheuren See. In Schuld sind mehrere Häuser
fortgeschwemmt. An der oberen Ahr sind alle Bahndämme
fortgerissen. Schwere Regenfälle gehen noch beständig
nieder. Der Regierungspresident von Koblenz weiß im
Ueberflutungsgebiet. Das Militär ist in Automobilen
unterwegs. Telegramm- und Telefon werden über die Eifel
gestört, um Nachrichten von den abgetrennten Ortsgemein-
schaften zu erhalten. Ueber einen Verlust an Menschenleben ist
noch nichts Bestimmtes bekannt.

Eine amtsliche Meldung

behaft. Die Arbeitskräfte zwischen Walportheim und
Dümpel sind seit gestern früh 7 Uhr an mehreren Stellen
insolge Hochwassers und Zerstörung einiger Bauwerke un-
schaffbar. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zurzeit
zwischen Remagen und Walportheim möglich. Die voraus-
sichtliche Dauer der Sperre ist unbekannt.

Ein höchstliches Unglück ereignete sich in der Wallstraße
Straße 38. Das Pferd eines Mehrgewagens scheute und
stürzte mit dem Wagen über das Trottoir hinweg in eine Schar
spielender Kinder. Ein vierjähriges Kind eines Restaurateurs,
der Zeuge des eifrigsten Vorgehens war, wurde sofort getötet,
ein zweites jüngeres Kind des bedauernswerten Mannes tödlich
verletzt, mehrere andere Kinder trugen leichtere Verletzungen da-
von.

Wieder zwei Personen vom Blitz getroffen. Der Kataster-
kontrolleur Barth aus Groß-Varnberg und ein Forstbeamter
des Grafen v. Helldorf wurden, als sie mit Vermessungsarbeiten
beschäftigt waren, vom Blitz getroffen. Beide erlitten schwere
Verletzungen.

Schwerer Unfall eines Berliner Militäranten. Bei Gorch
a. d. Oder überfiel sich ein Auto der Verhütungsgesellschaft der Ver-
kehrstruppen in Schöneberg, das an einem Steinhaufen anrannte.
Die den Wagen steuernde Unteroffiziere Böh und Krieger
wurden lebensgefährlich verletzt und nach dem Garnisonlazarett
in Stettin gebracht. Der Wagen ist völlig zerstört.

Ein grauenhaftes Kindesmord, der schon vor längerer
Zeit verübt wurde, ist erst jetzt bei der angelegentlich Nachfor-
schung nach dem in der Charité zu Berlin geborenen Kinde
entdeckt worden. Das 25jährige Dienstmädchen Agnes Tenzer
erklärte danach ihr mehrere Wochen altes Mädchen. Sie
suchte es dann vergeblich im Barfinken zu verbrennen. Des-
halb zerstückt sie die Leiche in Stücke, die sie in mehreren
Müllkästen vergrub. Die gefändliche Verbrechenin wurde ver-
haftet.

Ein Bürgermeister von der Tochter seines Amtsvorgängers
erschlagen. Die Tochter des gemessenen, wegen Annahme von
Schmiergeldern zu Gefängnis verurteilten Bürgermeisters
Mischalski in Magdeburg (Ruhland) erschlug den jetzigen
Bürgermeister Stast.

Zu wilden Ausschreitungen kam es in Lennep. Eine Kette
von etwa 20 jungen Arbeitern drang in das Hotel Jelfold ein und
verlangte Branntwein. Da sie sich weigert zu bezahlen, wurden
sie vom Wirt hinausgeworfen. Aus Rache darüber schlugen sie ihm
mehrere große Spiegelstücke ein, bewachten sich mit Jaum-
laten und drangen auf die Gasse ein. Ein Gäßch sah auf die Leute
ein Jagdgewehr ab, traf aber einen völlig unentfertigen Bau-
arbeiter, der lebensgefährlich verletzt wurde. Er wurde besinn-
ungslos vom Platze getragen. Ein Polizeiaufgebot wurde von
den Büchsen mit einem Haufen von Steinwürfen empfangen. Es
gelang schließlich, jedes Kaufobjekt zu verhaften.

Feuer im D-Tag Berlin-Breslau. In dem D-Tag 101, der um
1 Uhr 40 Min. in Breslau eintrifft, geriet zwischen Sagan und
Pignitz auf Station M. ob. die Dede in einem Nichttaucher-
Coupe 2. Klasse in Brand. Zunächst verfuhr man mit Hilfe
eines Minimax-Feuerlöschers den Brand abzulöschen. Da der
Schmelztag 78 dieselbe Stelle passieren mußte, legte man den Zug
auf ein anderes Gleis über. Hier wurde, wie die „Schlesische
Zeitung“ berichtet, mit Brettern die Dede verkleidet und dann das
Feuer gelöscht. Mit einer Verpflüchtung von 20 bis 25 Minuten
formte die Reise fortgesetzt werden.

Am Martersplatz. Ein reicher Mantelbesitzer in Quisiana,
der seit einigen Tagen aus seiner Wohnung vermisst worden war,
wurde von einem Fremden gefuht worden, für den diesen in einer
Wahlbestätigung aufgefunden worden. Er war an einem Baum an-
geheftet, um ihn herum brannte Feuer. Der Körper wies zahl-
reiche Wunden von scharfen und spitzen Waffen auf. Außerdem
waren die Haare sowie die Hände und Füße verbrannt. Trotz
der Anstrengungen seiner Freunde starb er mehrere Stunden nach
der Entlieferung ins Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wieder
erlangt zu haben. Es scheint sich bei dieser „indianischen“ Marder
um einen Akt von Lynchjustiz zu handeln.

Ueberflutungsstatistik in der Türkei. Der Fluß
Tundja im Bezirk Adrianopol trat aus seinen Ufern. Viele
Straßen sind bereits unter Wasser, das immer mehr steigt. Mehrere
Dörfer sind eingestürzt, darunter das Militärgefängnis. Eine
Anzahl Menschen soll unter den Trümmern begraben sein.

Unfall. In der kleinen Stadt Clasa in Portugal ereignete
sich gestern ein schwerer Unfall. Anlässlich eines ita-
lianischen Festes zog eine rituelle Prozession durch die
Straßen, als plötzlich in der Hauptstraße ein Ba-
lloon, auf dem sich ungefähr 200 Personen befanden, in die
Tiefe stürzte. Das Unglück geschah in dem Moment, als die
Prozession vorüberging. Eine große Anzahl Menschen wurde
unter dem Ballon mit fortgeschwemmt. Nach langen Ar-
beiten gelang es, vier Tot- und 32 Schwerver-
letzte unter den Trümmern hervorzuheben. Sie wurden
ins Krankenhaus gebracht.

Zustiftsfahrt.

Danzig, 13. Juni. Bei den Vorbereitungen zu einer Ballon-
Fahrt, die an der sich gelegentlich der Danziger Fest- und Flug-
woche die vier Ballons „Danzig“, „Ostpreußen“, „Polen“ und „Die
schlesische Windstärke“ beteiligten, drängte sich heute nach
11 Uhr de noch nicht ganz gefüllte Ballon „Polen“ aus dem
Neuert haus und plagte in einer Höhe von wenigen 100 Metern.
Auf der Materialschleife und der enttäuschten Hoffnung der
Passagiere auf eine schöne Fahrt ist kein Unheil angerichtet
worden.



Die Grünauer Kaiserregatta

nam am Sonntag bei bestem Besuche ihren Anfang. Um 4 Uhr
eröffnete die Kaiserregatta „Alexandra“. An Bord befanden sich
das Kaiserpaar, die Prinzessin Viktoria Luise, Prinz
Dietrich, Admiral von Tirpitz und der Kultusminister Trost zu
Solz. Kommandant Bärenstein begrüßte den Kaiser im Namen
des Regattarates. Dann fuhr die „Alexandra“ zum Start des
Kaiserregattas. Der Kaiser überreichte der hiesigen Mannschaft,
dem Marine-Ruderverein, an Bord der „Alexandra“ den Kaiser-
preis und reichte den Regattapokal im atademischen Ruderverein, ins
Boot. Nach diesem Rennen verließ die Jagd den Regattaplatz.
Die Resultate der wichtigsten Rennen sind: Zweiter Bierer:
Erster Akademischer Ruderverein Hannover in 7 Min. 16 Sek.
Kaiserregatta: Erster Marine-Ruderverein in 6:59, zweiter
Hellas-Regatta in 7:2, dritter Berliner Ruderverein von 1876 in
7:3, Akademischer Bierer: Erster Akademischer Ruderverein
in 7:31, zweiter Akademischer Ruderverein Hannover in 7:31,5.

dritter Akademischer Ruderverein Berlin in 7:44. Gokoller:
Erster Leipziger Ruderverein in 7:36, zweiter Germania-Magde-
burg in 7:44.

Internationale Wettkämpfe in Leipzig.

Die am Sonntag vom Leipziger Schwimmklub „Poseidon“ in
der Leipziger Schwimmhalle veranstalteten Wettkämpfe
liefen bei bestem Zuschauerbesuch und bei angenehm abgemäßigtem
Wetter zur Auszögerung. Die Wettkämpfe boten viel des Inter-
essanten und zeitigen betriebende Leistungen. Durch die Teil-
nahme des australischen Rudererschwimmers Beare-
naire erhielten die Wettkämpfe noch ein besonderes Inter-
esse. Die Ergebnisse gestalteten sich im einzelnen wie folgt:
Staffetten-Schwimmen am dem Ehrenwandrpreis
der Stadt Leipzig, 200 Meter. Der Wanderpreis wird zweimal
gewonnen werden, die er in bleibenden Besitz übergeht. Sieger
1903: Hellas-Magdeburg, Sieger 1910: Hellas-Magdeburg in
2 Min. 30,5 Sek.

Ernährungs-Schwimmen, 100 Meter.
1. Wilm Reinhardt, Magdeburger Schwimmklub 1896, in 1 Min.
26 Sekunden.

Junior-Staffette, 8x50 Meter: 1. Hellas-Magdeburg
in 2 Min. 4 Sek.

Kederschwimmen, 100 Meter: 1. Albert Baumhauer,
Leipziger Poseidon, in 3 Min. 38,5 Sek.

Strecktauchen, 50 Meter: 1. A. Kessler, Dessauer
Amateur-Schwimmklub, in 40,5 Sek.

Ernährungs-Schwimmen, 100 Meter: 1. Martin Stein, Leipzig-01, in 1 Min. 15,5 Sek.
Junior-Brustschwimmen, 100 Meter: 1. Fritz
Jeller-Halle in 1 Min. 40,5 Sek.

Wipfeldport.

Rennen zu Magdeburg, Sonntag, den 12. Juni. 1. Schäfer-
stunde-Jagdrennen, Ehrenpreis und 1400 Mk. Serrenten, 3000
Meter. 1. Fr. Joseph Bösen (St. Ketta). — 2. Sanaat-Hüden-
rennen, 2000 Mk., 3200 Meter. 1. Fr. Kalkas Islander. —
3. Jam-Jagdrennen, Ehrenpreis und 2000 Mk. Sandicap, Herrn-
reiter, 4000 Meter. 1. Dr. Roberts Saint Miklet (Holl.). —
4. Fildberg-Jagdrennen, 1. 3600 Mk. Sandicap, 3500 Meter. 1. Fr.
Johannes Leonore (Balkoff). Tot: Sieg 33:10. — 5. Bete-
winn-Jagdrennen, Ehrenpreis und 4000 Mk. Serrenten, 5000
Meter. 1. Fr. Gudwin's Royal Express (Holl.). — 6. Sand-
peter-Jagdrennen, 2000 Mk., Sandicap, 4000 Meter. 1. Fr.
W. Jungs' Money Mart (Schola).

Rennen zu Berlin-Hoggarten, Sonntag, den 12. Juni. Ver-
sehrerrennen der Stuten, 5000 Mk., 1000 Meter. 1. Hauptgestüt
Grabit' Drenburg (Waldol). Union-Rennen, 40 000
Mk., 2200 Meter. 1. Hauptgestüt Grabit' Wandersmann
(Waldol). Tot: Sieg 31:10.

Letzte Nachrichten.

Zur Enzyklika.

H. T. B. Dresden, 13. Juni. Der König von
Sachsen hat heute den mit den evangelischen Angelegen-
heiten betrauten Staatsminister zu sich berufen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

H. T. B. München, 13. Juni. Heute vormittag beschloß
eine Vertrauensmännerversammlung der Bauarbeiter-
Organisation die Arbeit unter den alten Bedingungen
nicht wieder aufzunehmen, wie es in ihrem am Sonn-
abend gestifteten Entschluß die Arbeitgeber angeboten hatten.
Die Wiederaufnahme der Arbeit soll erst nach ein Fül-
lung des Dresdener Schiedsgerichts erfolgen.

H. T. B. Karlsruhe, 13. Juni. Die Verhandlungen im
Baugewerbe das Großherzogtum Baden sind, wie der
„Volksrecht“ mittelt, ergebnislos verlaufen. Ueber
Arbeitszeit und Stundenlohn, die beiden Haupt-
punkte, wurde bei den am Freitag und Sonnabend in
Karlsruhe und Freiburg gepflogenen Verhandlungen
eine Einigung nicht erzielt.

Eine schwere Explosion.

H. T. B. Wülheim a. Rh., 13. Juni. Auf den hiesigen
Hüttenwerken explodierte heute ein großer Karbit-
eßel. Einem Arbeiter wurde von umherfliegenden Eisen-
stücken der Kopf abgerissen. Ein anderer ist gleich-
falls schwer verletzt. Er wurde noch, ehe ärztliche Hilfe zur
Stelle war, irtinnig.

Ueberflutungskatastrophe.

H. T. B. Remagen, 13. Juni. Durch Ueberflutung
der Saar sind von den beim Bahnhof der Bahn-
strecke Dümpelfeld—Lissdorf beschäftigten fran-
zösischen und italienischen Arbeitern angeblich 30—100 (?)
ertrunken. Das Wasser fällt jetzt wieder.

Die Bergungsarbeiten am Wipflöse.

H. T. B. Galatz, 13. Juni. Die Bergungsarbeiten wur-
den heute vormittag bei günstiger See fortgesetzt. Bis
11 Uhr 20 Min. war die 9. Leiche geborgen. Die Ber-
gungsarbeiten zöhligen sich unter großen Schwierigkeiten.
Einige der Leichen sind vollständig unentzückt, wäh-
rend andere gut erhalten sind. Um 11 Uhr 40 Min. mußten
der eintretenden Flut wegen die Arbeiten unterbrochen wer-
den. Um 12 Uhr stand der „Wipflöse“ wieder vollständig
unter Wasser. Seit heute morgen 5 Uhr arbeiten Taucher
daran, das Led zu verstopfen.

Unterhaltungsblatt.

Das Tor des Lebens. Roman von Ann Wolke. (Fortf.)
— Eine Nacht der Nacht. Skizze von Wolf Graf.
— Bunte Zeitung. — Wäckerlich.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;
für den lokalen Teil, für Provinzial-Angelegenheiten, Gerüst und
Handel: Eugen B. W. Mann; für Ausland, Letzte Nach-
richten, Vermischtes und Sport: Erich Polko; für das
Theater: Martin Baumhauer; für den Anzeigen-
teil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von
Dito Henkel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

